



Bundestags- brief

Nr.239 •Die Woche im Bundestag• 18.01.2019



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

100 Jahre Frauenwahlrecht – viel erreicht und noch viel zu tun!

Den 100. Jahrestag der Einführung des Wahlrechts für Frauen hat der Deutsche Bundestag am 17. Januar 2019 im Reichstagsgebäude mit einem Festakt gewürdigt. Seit 100 Jahren dürfen Frauen nun wählen und sich auch als Kandidatinnen aufstellen lassen. Was heute selbstverständlich klingt, war vor 100 Jahren ein großer und hart errungener demokratischer Erfolg.

Es war ein langer Weg, den die Frauen im Kampf für ihre Rechte gegangen sind, und unser Ziel haben wir bei ehrlicher Betrachtung auch noch lange nicht erreicht. Angesichts strukturell ungleicher Entlohnung sowie einer deutlichen Unterrepräsentation von Frauen in gesellschaftlichen Führungspositionen - übrigens auch in der Politik - sind wir von vollständiger Gleichberechtigung noch entfernt.

Problematisch sind weiterhin verbreitete stereotype Rollenmodelle, die Männern und Frauen bestimmte Eigenschaften oder Fähigkeiten zuweisen. Diese Einstellungen führen am Ende auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu Schwierigkeiten. So hält sich beispielsweise die Mär von typischen „Mädchen“- oder „Jungenberufen“ hartnäckig und verstärkt so in wichtigen Berufsfeldern nach wie vor den Fachkräftemangel.

In Informatikstudiengängen und bei Programmierer-Ausbildungsgängen beträgt der Anteil weiblicher Studierender nicht mehr als 29 Prozent, dabei suchen viele Unternehmen gezielt nach weiblichen Arbeitskräften, weil sie aus der Praxis wissen, dass gemischte Teams einfach besser funktionieren.

Auch im sonst so avantgardistischen Kunstbetrieb sind Anerkennung und Chancen zwischen den Geschlechtern noch sehr ungleich verteilt, wie die von meinem Haus mitfinanzierte Studie "Frauen in Kultur und Medien" des Deutschen Kulturrats gezeigt hat.

Die Ursachen dafür kennen wir auch aus anderen gesellschaftlichen Bereichen: Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehören genauso dazu wie Rollenstereotype, die vor allem Männern relevante Qualitäten wie Kreativität und Schaffenskraft, Durchhaltevermögen und Leidenschaft zuschreiben. Künstlerinnen können ein Lied davon singen.

Mir ist es - nicht allein im Sinne der Gleichberechtigung, sondern auch im Sinne der künstlerischen und kulturellen Vielfalt - ein echtes Herzensanliegen, dass Frauen wie Männer die gleichen Chancen in Kultur und Medien haben: ob am Sprech- oder Notenpult, ob an der Staffelei oder am Schreibtisch, ob vor und hinter Bühne oder der Kamera.

Das gilt natürlich auch in meinem eigenen Haus, in dem die Frauenquote bei knapp 53 Prozent liegt - und auf den beiden obersten Führungsebenen mittlerweile bei exakt 50 Prozent. Im Filmbereich - um noch ein weiteres Beispiel zu nennen - konnte ich im Rahmen der FFG-Novelle dafür sorgen, dass der bisher geradezu blamabel geringe Frauenanteil in den Gremien der FFA und in den Kommissionen künftig deutlich erhöht wird.

Ich danke an dieser Stelle allen Frauen und Männern, die mich und alle anderen Streiterinnen für die Gleichberechtigung auf so vielen unterschiedlichen Ebenen unterstützen. Ob durch die Förderung der Akzeptanz und die Umsetzung neuer Regeln im Alltag oder durch die Beteiligung und Gestaltung der dazugehörigen Entscheidungsprozesse:

Jede und Jeder kann seinen Teil dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft ein kleines Stück gerechter wird – und das, finde ich, ist die wichtigste Botschaft dieses Tages.

Mit Schwung und Geschlossenheit in ein arbeitsreiches Jahr

Das neue Jahr hat für die Union gut angefangen. In Klausuren des CDU-Bundesvorstandes und der CSU-Landesgruppe haben wir Geschlossenheit demonstriert und werden diese mit Leben füllen.

Die CDU hat nach einem fairen Wettbewerb im Dezember eine neue Parteivorsitzende gewählt, am Samstag wird die CSU einen neuen Parteivorsitzenden wählen.

Danach werden wir uns intensiv für die berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und das Wohl unseres Landes einsetzen. Die Menschen haben zurecht die Erwartung an uns, dass wir uns um die bestehenden Probleme kümmern.

Wohnen, innere und äußere Sicherheit, Verkehr und Mobilität, aber auch Migration und gute Pflege – das sind die Fragen, die ihnen am Herzen liegen.

Wir wollen vor allem die Mitte der Gesellschaft und die Familien mit unserer Politik erreichen – das ist die beste Gewähr für einen guten Zusammenhalt in unserem Land. Gleichzeitig wollen wir bei den nicht wenigen Problemen in der Europa- und Außenpolitik Gutes bewirken – für Deutschland und Europa.

In dieser Woche hat uns der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union beschäftigt. Wir sollten mit Klugheit auf die Entscheidungen im Vereinigten Königreich reagieren. Wir bedauern den Austritt der Briten aus der Europäischen Union und werben dafür, einen geordneten und geregelten Übergang der Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedern und Großbritannien zu organisieren. Für uns steht fest: auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU muss Großbritannien ein enger Freund und wichtiger Partner unseres Landes und der EU insgesamt bleiben.

Positive Entwicklung bei den Organspenden im Jahr 2018

Erstmals seit dem Jahr 2010 haben sich die Zahlen zu den Organspenden in Deutschland wieder deutlich positiv entwickelt.

Bundesweit haben 955 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe für schwerkranke Patienten gespendet. Das entspricht 11,5 Spendern pro eine Million Einwohner, was im Vergleich zum Vorjahr (797 Spender) einer Steigerung von knapp 20 % gleichkommt.

Von diesen Spendern konnten 3.113 Organe durch die internationale Vermittlungsstelle Eurotransplant erfolgreich an Patienten auf den Wartelisten vermittelt werden, darunter 1.607 Nieren, 295 Herzen, 779 Lebern, 338 Lungen und 91 Bauchspeicheldrüsen.

Jeder Spender hat somit im Durchschnitt drei schwerkranken Patienten eine neue Lebenschance geschenkt. Gleichzeitig konnten 3.264 Organe verstorbener Spender in deutschen Kliniken transplantiert werden. Aktuell stehen in Deutschland rund 9.400 Patienten auf den Wartelisten.

(Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation)

Das Europäische Datum: 18. Januar 1919 - Beginn der Pariser Friedenskonferenz

Auf den Tag genau 48 Jahre nach der Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs im Spiegelsaal von Versailles kamen dort am 18. Januar 1919 die Vertreter der alliierten Siegermächte des Ersten Weltkriegs zusammen.

Repräsentanten von 32 Nationen nahmen an der Konferenz teil, welche das Ziel hatte, den Ersten Weltkrieg mit einem Friedensschluss zu beenden.

Neben der Frage des Umgangs mit den Hauptkriegsgegnern Deutschland und Österreich-Ungarn stand die komplette Neuordnung Mittel- und Osteuropas im Zentrum der Debatten, weshalb die Beratungen für weite Teile Europas von maßgeblicher Bedeutung waren.

Ergebnis der einjährigen Friedenskonferenz war der Vertrag von Versailles, der für die weitere Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert von großer Bedeutung werden sollte.

(Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin)